Offene Drogenszene am Letten : Hilflosigkeit allenthalben

Autor(en): **Hafen, Martin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 5

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-801230

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Offene Drogenszene am Letten: Hilfslosigkeit allenthalben

Vier Tötungsdelikte am Letten innert 30 Tagen haben die offene Drogenszene in Zürich in verstärktem Masse in den Mittelpunkt des Medieninteresses gerückt, und damit die Nervosität auf der Szene und bei den PolitikerInnen massiv erhöht.

VON MARTIN HAFEN

Als wären die Zustände auf dem Letten vorher rosig gewesen: Die neuesten Gewaltdelikte in der Zürcher Drogenszene bewirkten in der Presse einen Aufschrei der Empörung und die PolitikerInnen übertreffen sich mit mehr oder weniger realisierbaren Vorschlägen, wie dem Übel beizukommen sei.

Wer steht hinter den Morden?

Die Schuldigen schienen schnell ausgemacht. Die Schweizer Tageszeitungen liessen keinen Zweifel darüber aufkommen, wer die Morde begangen hat: Dealer hätten die Gewaltverbrechen im Rahmen ihres Kampfes um Marktanteile und Gebietsansprüche begonnen.
Wie die Erfahrungen in den USA zeigen, ist die Zunahme von Tötungsdelikten als Folge der Prohibition durchaus eine Möglichkeit, aber eben nur eine. Nur die Wochen-Zeitung machte sich die Mühe, die hauptsächlich verdächtigten Libanesen nach ihrer Sicht der Dinge zu befragen. Der Drogenmarkt ist nach ihren Angaben so weit aufgeteilt, dass dieses Mordmotiv ausser Betracht falle. Während die Tatversion der Dealer (Morde durch die Polizei) unglaubwürdig und durch Indizien weitgehend entkräftet ist, zeigt das Gespräch auf, wie gross die Nervosität auch unter ihnen ist. Eine Folge dieser aufkommenden Hektik war die Bombendrohung zur Freipressung eines Tatverdächtigen, eine andere die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei. Der Umstand, dass viele der dealenden Libanesen Heroin und Kokain rauchten und so selbst dem Beschaffungsstress ausgesetzt seien, trägt nach Ansicht der befragten Libanesen weiter zu ihrer Unruhe bei. Um die Gewalteskalationen einiger ihrer Händler in den Griff zu bekommen, hätten die führenden Dealer eine Gruppe in der Schweiz lebender Landsleute beigezogen, die nichts mit dem Drogenhandel zu tun haben.
Die Ermittlungsbehörden schliessen im Gegensatz zur Tagespresse kein Motiv für die Morde aus. Einerseits nahmen sie das Gerücht über eine Verwicklung der Polizei ernst, andererseits ist es für den zuständigen Bezirksanwalt auch eine von mehreren Möglichkeiten, dass es sich bei den Tötungsdelikten um einen Akt von Selbstjustiz handeln könnte.

Was bringt eine Räumung?

Während die Zürcher Freiheitspartei die Einführung der Todesstrafe für Dealer verlangt, forderte die kantonale SVP, sekundiert durch Gewerbetreibende unter Führung der Migros, wiederholt die sofortige Räumung des Lettenareals. Die zu erwartenden Folgen eines solchen Schrittes sind von der Platzspitzräumung her bekannt: Die Drogenszene würde sich aufsplittern und in die umliegenden Quartiere verteilen, was die Kontrolle durch die Polizei noch schwieriger machen würde, als sie es ohnehin schon ist.
Die Stadtregierung will sich dieser Forderung denn auch so lange widersetzen, bis die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen sind: Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (insbesondere die Verlängerung der Inhaftierungsmöglichkeit zur Abklärung der Identität), neue Gefängnisplätze, Plätze in geschlossenen Anstalten für nicht therapiebereite Junkies (wie vom Kanton geplant in der ehemaligen Klinik Obere Halden in Egg), mehr Therapieplätze, Ausbau der staatlichen Heroinsubstitution und schlussendlich eine bessere Vernetzung zwischen Stadt, Kanton und Bund.

Krisensitzung mit dem Bundesrat

Beim medienwirksam aufgemachten Treffen zwischen zwei 4-köpfigen Delegationen des Zürcher Stadt- und Regierungsrates und drei BundesrätInnen herrschte bezüglich der Nutzlosigkeit einer Räumung des Letten zum jetzigen Zeitpunkt Einigkeit. Die neugegründete Drogendelegation des Bundes, bestehend aus Ruth Dreifuss, Arnold Koller und Kaspar Villiger, betonte die Solidarität des Bundes mit Stadt und Kanton Zürich, hatte aber alles in allem wenig Konkretes zu bieten.

Zusätzliche Gefängnisplätze

Bundesjustiz- und Polizeiminister Arnold Koller sicherte die Übernahme der vollen Kosten für eine neue Ausschaffungsanstalt zu und versprach Notgefängnisse, die in ein bis zwei Monaten bereitstehen sollen. Zusammen mit den ab 1995 verfügbaren 300 neuen Gefängnisplätzen ist zweifellos eine be-

deutende Mehrkapazität vorhanden, und es wird interessant sein zu sehen, ob auf diese Weise die Zahl der Dealer in der Zürcher Drogenszene merklich gesenkt werden kann oder ob der «Nachschub» genauso unerschöpflich ist wie bei den Drogen selbst.
Der oberste Drogenfahnder des Bundes, Marcel Bébié, gibt in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger solchen Befürchtungen Auftrieb, wenn er betont, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis die «Russen-Mafia auch bei uns aktiv» werde. Das Potential an neuen Anbau- und Transitgebieten im Raum des ehemaligen Ostblocks ist in der Tat ebenso beachtlich wie beängstigend. Die politische Instabilität in vielen der früheren GUS-Staaten, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in allen Ländern des Ostens, die rapid steigende Zahl von Drogenkonsumierenden in diesem Gebiet, die offenen Grenzen des «neuen» Europa, alle diese Faktoren legen die Frage nahe, ob die Zustände von heute nicht erst der Anfang einer Entwicklung sind, die mit der Zeit zu US-amerikanischen Verhältnissen führen wird, zu Verhältnissen also, denen die überall verwendete Bezeichnung «Drogenkrieg» erst richtig gerecht wird.

Die Schweizer Armee im Drogenkrieg?

Die im Vorfeld des Treffens zwischen Zürcher Behörden und Bundesrat breit erörterte Möglichkeit eines Armeeeinsatzes in der Zürcher Drogenszene wurde durch Verteidigunsminister Kaspar Villiger weitgehend relativiert. Ein Einsatz von Militär an der Front stehe ausser Diskussion. Die Armee sei jedoch bereit, allfällige Gesuche um Hilfeleistungen «konstruktiv zu prüfen». Denkbar sei z.B. der Einsatz von Spezialisten zur Ablösung von Zivilbeamten oder die Benutzung von Armeegelände. Soweit Bundesrat Villiger. Wer mehr erwartet, überschätzt entweder die Möglichkeiten einer Milizarmee oder ist sich kaum bewusst, wie heikel die polizeiliche Arbeit in der Drogenszene ist.

Erweiterte Heroinabgabe

Noch breiter als ein Armeeeinsatz am Letten wurde in den Sommermonaten der Ausbau der staatlichen Heroinabgabe diskutiert. Der Zürcher PolizeibeamtInnenverband ist dafür, der schweizerische dagegen; die deutschschweizer JustizdirektorInnen sind dafür, die welschen dagegen; SP und FDP dafür, die SVP dagegen.
Im Gegensatz zu Arnold Koller, der rechtliche Bedenken hat, ist Innenministerin Ruth Dreifuss der Meinung, dass angesichts der 20'000 bis 30'000 schwer Drogenabhängigen in der Schweiz auch ein mehrfaches der 250 im laufenden Versuch mit Heroin belieferten Drogenabhängigen noch eine «limitierte» Zahl ist. Limitiert muss die Zahl der TeilnehmerInnen an diesem Versuch aus gesetzlichen Gründen sein.
Abgesehen davon, dass sich das Ausland über eine Ausweitung der Versuche wohl nicht erfreut zeigen wird, ist eine unmittelbare Auswirkung auf die Szene auch dann nicht zu erwarten, wenn die Anzahl der TeilnehmerInnen verfünffacht wird. Angesichts der Bedeutung für die Betroffenen ist eine Erweiterung der Versuche natürlich vorbehaltlos zu begrüssen, es erstaut aber doch, welches Gewicht der entsprechenden Diskussion in der Debatte um die Verkleinerung oder – im Fachjargon – Ausdünnung der Drogenszene beigemessen wird.

Koordination als Zauberwort

Gemäss Stadtpräsident Estermann war das oberste Ziel der Zürcher Regierung für das Treffen mit der bundesrätlichen Delegation die «Bildung einer Projektgruppe offene Drogenszene Letten, an der sich neben Stadt und Kanton auch der Bundesrat beteiligt». Nun, dieser Wunsch wurde erfüllt: Bundesrätin Dreifuss kündete die Gründung einer Projektorganisation an und unterstützte die ZürcherInnen damit in deren Meinung, dass der Letten nicht nur ein zürcherisches Problem sei.
Angesichts des Medienrummels um das Treffen von Stadt und Kanton Zürich mit dem Bund und angesichts der ausufernden, an dramatischer Wortwahl kaum zu überbietenden Medienberichterstattung erscheint die, im übrigen seit Jahren überfällige, Koordination zwischen Stadt, Kanton und Bund ein dürftiges Ergebnis, ein Ergebnis, welches die grassierende Hilflosigkeit gegenüber den Zuständen in der Zürcher Drogenszene deutlich zum Ausdruck bringt.
Die Ankündigung, dass die ins Leben gerufene Projektorganisation «lösungsorientierte Entscheidungsgrundlagen» erarbeiten soll, verdeckt diese Hilfslosigkeit nicht – im Gegenteil: Die haarsträubende Floskel unterstreicht geradezu, dass das hochdotierte Gremium nichts anderes machen wird als andere Gremien vor ihm: eine Lösung suchen für die unhaltbaren Zustände am Letten. Dass diese Lösung schlussendlich nur eine sehr breitgestreute Drogenabgabe – ob durch ÄrztInnen oder via Apotheken erscheint angesichts der anstehenden Probleme nebensächlich – sein kann, ist nichts Neues. Es bleibt die Frage, wieviele tote Junkies und ermordete Dealer, wieviel Gewalt und Elend, wieviel Frust und Aggression von seiten der Bevölkerung und nicht zuletzt wieviel misslungene Reparaturaktionen es noch braucht, bis diese Erkenntnis politisch durchsetzbar wird.

■